

In dieser Ausgabe

Politik des FBTEI	1
Qualifikationsrahmen..	2
US-Vorbild	4
Glosse	6
Impressum.....	6



FBTEI-Journal

Nr. 5 Sommersemester 2006

Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege,

eine erste Bilanz unseres Fachbereichstags in Bonn haben wir ja schon in einer Sonderausgabe unseres Journals gezogen. Wir hoffen, dass einige von Ihnen unsere sehr ernst gemeinte „Brandschrift“ in der weiteren Diskussion verwenden konnten. Ingenieure neigen ja in der Tat eher zum leisen Auftreten, und auch die Vollversammlung hat wieder gezeigt, dass uns ein konsequenteres Herangehen gut zu Gesicht stünde. Mitte Februar hat der Geschäftsführende Ausschuss (GFA) erste Maßnahmen für ein solches Vorgehen in die Wege geleitet, über die wir Sie auf dem Laufenden halten werden.

In der Februarsitzung wurde die Arbeit im GFA noch einmal sehr kritisch analysiert. Der FBTEI macht seinen Einfluss an vielen Stellen auf hoher politischer Ebene geltend, sogar mit gelegentlichen Erfolgen. VDE, ZVEI oder HRK hören unsere Stimme, die Organisation in der Konferenz der Fachbereichstage sorgt dafür, dass die Fachhochschulen sich nicht nur auf der Führungsebene, sondern auch auf der Arbeitsebene abstimmen. Und dennoch: Viele wichtige Entscheidungen fallen sehr leise, werden öffentlich kaum wahrgenommen, sind selbst Parlamentariern schwer zu vermitteln oder sind ein Rad von einer Größe, vor der die oder der Einzelne kapituliert.

Was bedeutet das für uns? Der FBTEI muss über den Tellerrand schauen. Manches, was scheinbar übergeordnete Hochschulpolitik ist, schlägt auf die Ingenieure sehr viel schneller oder stärker als auf andere Bereiche durch. Ein schönes Beispiel ist die Bachelor/Master-Umstellung. Oder nehmen Sie die Kennzahlen zur Hochschulsteuerung: Kosten pro Studienplatz, Investitionsbedarf, Mitarbeiterbedarf, Frauenanteil. Wir haben uns daher in dieser Ausgabe des Journals zwei solchen Themen gewidmet: dem geplanten europäischen Qualifikationsrahmen und dem Vorbild USA. Alles Dinge, bei denen Ingenieure naturgemäß etwas andere Randbedingungen sehen. Alles auch Dinge, bei denen die Interessen von Hochschule, Hochschulleitung und Fachbereich nicht notwendigerweise deckungsgleich sind. Und aus dem Alltagsgeschäft heraus gegen eine

>

von Stabsabteilungen vorbereitet Argumentation anzugehen, fällt doch allein sehr schwer.

Information ist also weiterhin bitter nötig. Wir bemühen uns in diesem Journal darum auch in Zukunft, Ihnen wichtige Dinge in lesbarer Form mitzuteilen. Kollege Berger bedankt sich für den netten Applaus bei der Vollversammlung. Als Redakteur wäre ihm aber die Rückmeldung oder der externe Beitrag viel wichtiger.

Es wird in der politischen Diskussion in Zukunft immer weniger reichen, Informationen weiterzugeben. Der FBTEI muss vielmehr selbst Nachrichten „produzieren“. Wir wollen mit eigenen Daten und Argumenten überraschen. Dazu braucht man Arbeitskraft, über deren Organisation und Finanzierung der GFA im Moment berät. Es wird Zeit, die vorhandenen Mittel einzusetzen. Wenn Sie selber Fragen von übergeordnetem Interesse haben, lassen Sie es uns wissen. Schon allein eine Recherche könnte Ihnen viel helfen. Oder wir setzen jemanden auf Ihr Thema an. Hierzu kann die neu gebildete Arbeitsgruppe FBTEI zu Bildungsvoraussetzungen genannt werden. Sie greift ein Thema auf, welches bereits von vielen Hochschullehrern angesprochen wurde, bislang aber noch nicht bearbeitet werden konnte, sei es aus Mangel an Zeit oder fehlenden Möglichkeiten hochschulübergreifende Informationen zu erhalten.

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege, kommen Sie gut über das Sommersemester.

Ihr Ralph Hansen

Großräumige Bewegung

Bologna, Kopenhagen, PISA – Qualifikationsrahmen und Bildungsstandards

Michael Berger

Die Hochschulen sind noch ganz und gar mit dem Bologna-Prozess beschäftigt, da huscht leise ein zweiter Prozess vorbei, der den Namen der dänischen Hauptstadt trägt: Im Kopenhagen-Prozess soll – in dürren Worten – das für die berufliche Bildung geschaffen werden, was der Bologna-Prozess für die Hochschulbildung schaffen soll – einen europäischen Bildungsraum. Interessant wird der parallele Anlauf dadurch, dass es sehr deutliche Berührungspunkte zwischen beiden Prozessen gibt, die im Ergebnis wohl zu mehr als nur einer Verflechtung führen werden. Dabei stehen viele Dinge zur Disposition, die dem deutschen Bildungssystem bisher heilig schienen. Nachfolgend eine kommentierte Bestandsaufnahme.

Wenn Sie sich gerade überlegen, ob dieser Beitrag Sie interessiert, schauen Sie sich die Grafik unten auf der Seite an. Sie ist entnommen aus einem Positionspapier des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung und zeigt am deutlichsten, wohin die Reise gehen soll. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben mit diesem Positionspapier einen Diskussionsbeitrag geleistet, der schon allein aufgrund ihres politischen Gewichts Eingang in die Empfehlungen der EU-Kommission (EQF = European Qualification Framework), auf jeden Fall in den nationalen Standard (NQF) finden werden: Das ist es, was die deutsche Industrie befürwortet. Die Diskussion schreitet rasant voran, Ende des Jahres sollen die Empfehlungen in Straßburg abgesehen werden.

Ausgangspunkt der aktuellen Diskussion ist das Arbeitspapier „Auf dem Weg zu einem Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen“ der Europäischen Kommission vom 8. Juli 2005. Dort werden im Sinne eines gemeinsamen Standards nun acht Qualifikationsstufen definiert. Da ein europaweiter Kompromiss angesichts einer Vielzahl von Berufsbildungskonzepten allerdings nicht zu erreichen war, sollen die einzelnen Länder die Korrespondenzen zwischen ihrem nationalen Rahmen und den acht Stufen festlegen, so dass über den Umweg des EQF ein Übertragen in ein anderes System möglich wird. Die Stufen werden definiert über Kenntnisse, Fertigkeiten sowie persönliche und fachliche Kompetenz.

Qualifikationsrahmen (EQF/NQF)

Ni- veau- stufe	Kompetenz		Beruflicher Bildungsgang	Framework EU Higher Education Area
	qualitativ	quantitativ		
6	Beschreibung der beruflichen Handlungskompetenz durch die vier Merkmale Komplexität, Intransparenz, Dynamik, Vernetztheit	300+	Höchste Fortbildungsebene	Third cycle qualification (Prof. u.a.)
5		300	Obere berufl. Fortbildungs- ebene (Betriebswirt HWK u. IHK u.a.)	Second cycle qualification (Master)
4		bis 240 180	Mittlere berufl. Fortbildungs- ebene (Meister, Handelsfachwirt u.a.)	First cycle qualification (Bachelor)
3		120	Untere berufl. Fortbildungs- ebene (Fachwirt HWK, Fachberater u.a.)	Short cycle qual. within the first cycle
2		bis 210 120	Berufsausbildung 2 bis 3,5 Jahre	Second cycle Basic VET Area
1		bis 60	Berufsausbildung bis 1 Jahre BAV/EQJ etc.	First cycle Basic VET Area
allgemeine Schulbildung			SEK I	
			Primarstufe	

Aus: Berufliche Bildung für Europa Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF) und Leistungspunktesystem (ECVET). Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung. März 2005

Diese „learning outcomes“ legen also eher fest, was jemand kann, als seine Befähigung über formale Qualifikation (Abschluss, Titel) zu ermitteln. Wer in letzter Zeit akkreditiert wurde, dem sind diese Ansätze eventuell schon begegnet. D.h. der Bologna-Prozess passt in diesen Rahmen.

Zur kognitiven Kompetenz soll bemerkenswerter Weise auch sog. „implizites Wissen, das durch Erfahrung gewonnen wurde“ gehören. Die Kommission legt offenbar viel Wert darauf, dass das „Lernen in informellen Kontexten (z.B. am Arbeitsplatz) im Vergleich zum Lernen im Hinblick auf den Erwerb formaler Qualifikationen“ gleichwertig eingeschätzt werden soll. Das wirft eine Vielzahl von Fragen auf: Wie viele Credits für wie viel Berufstätigkeit? Welche Art von Berufstätigkeit? Gibt es beim Erfahrungsammeln eine Sättigungsgrenze? usw. So stimmt es sehr bedenklich, wenn die deutsche Wirtschaft pauschal die Vergabe von 30 Credits pro Jahr Berufstätigkeit fordert. Das deutsche Bildungssystem bestätigte bisher z.B. mit den zweiten Staatsexamina selbst den Wert des „training on the job“. Kann es allerdings ernsthaft sein, dass der Geselle dann auch Bachelor ist oder ein Meister zum Master-Studium berechtigt?

Es gibt den Quereinstieg bereits jetzt im Rahmen von Probestudien in Hochschul-Zulassungsverordnungen, die Bewerberzahlen sind allerdings klein verglichen mit dem Zugang über schulische Abschlüsse. Und wie bei allen „zweiten Bildungswegen“ stehen die so Studierenden bei großer Motivation dennoch unter erheblichem Leistungsdruck, besonders in den Theoriefächern. Eine automatische Gleichwertigkeit ist also nicht zu erkennen, weil auch das (Aus-)Bildungsziel ein anderes ist. Auch Bachelor-Absolventen verfügen ja nicht automatisch über handwerkliche Fähigkeiten.

Wie kann sich der FBTEI weiter positionieren und im Sinne seiner Mitglieder Einfluss nehmen?

An den Fachhochschulen geht die Sorge um, man werde zur Bachelor-Schmiede. Daher sehen vielerorts die Kollegen die Notwendigkeit, sich gegenüber Berufsbildungseinrichtungen abzuschotten. Dabei könnten die Fachhochschulen sehr selbstbewusst den Entwicklungen entgegen sehen und sie aktiv mit gestalten, denn sie verfügen über die besten Voraussetzungen. Die mittlerweile eingeführten Master-Angebote der FHN werden gute Qualität abliefern und viele werden sich erfolgreich am Markt etablieren.

Unsere Ansprüche beim Bachelor sind hoch und nehmen die Berufsqualifikation ernst. Fachhochschulen arbeiten mit einem viel breiteren Spektrum an Studienanfängern als die Universitäten. Weiterhin besteht über die Fachoberschulen oder vergleichbare Einrichtungen traditionell ein Zugang zu den handwerklichen Abschlüssen. Allein die Anwendungsorientierung der Ingenieurbereiche bedingt vielfach Arbeit in einem von Handwerk geprägten Umfeld.

Warum sollten wir es also nicht wagen, auf die Berufsschulen zuzugehen und mit ihnen gemeinschaftlich Position beziehen im Sinne von „gleichwertig, aber andersartig“. Diese Position würde deutlich machen, dass gleiche Punktezahl nicht bedeutet, dass auch eine Schnittstelle besteht. Hier steht die Drehbank gegen die Differentialgleichung – bei Lehrenden wie Lernenden. Das würde die Berufsschulen auch davon entlasten, sich mit immer weiter gestiegenen Anforderungen an die intellektuelle Leistungsfähigkeit der Auszubildenden – siehe Informatik-Berufe – heranzukämpfen.

Weiterhin sei die Frage gestattet, welche Übergangsmöglichkeiten zwischen Lehre und Studium gepflegt und weiterentwickelt werden könnten, natürlich immer unter Leistungsaspekten. Es wäre beispielsweise sicher nützlich für die Ingenieursdisziplinen der Fachhochschulen, wenn Jugendliche nicht beinahe automatisch den Weg auf das Gymnasium wählen würden, sondern auch einfache Möglichkeiten erkennen könnten, über die Lehre später zu mehr Bildung zu gelangen, wenn dieses dann ihrem Antrieb entspricht. Fachgymnasien sind hier ein guter Ansatzpunkt.

Alle Hochschulen klagen über die schlechte Abiturientinnen und Abiturienten, PISA und OECD kritisieren das Bildungssystem. Die Bildungsministerien reagieren mit Bildungsstandards unter anderem für das Ende der Schulpflicht, die von der Schulart unabhängige (!) praktisch verwertbare Mindestkenntnisse und Mindestfähigkeiten verbindlich machen. Bei Lichte betrachtet fällt einem dazu unmittelbar die Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild ein, und das bisherige System der grundsätzlich verschiedenen Bildungspfade gerät ins Wanken. Schadet uns das? Wohl eher nicht.

Fortsetzung S. 4 unten

Amerika als Vorbild

Larissa Kühler, Mitarbeiterin an der International University Bremen, promovierte 2005 an der Universität München (LMU) über das Thema "Die Orientierung der Reformen im deutschen Hochschulsystem seit 1998 am Vorbild des amerikanischen Hochschulwesens". Sie lieferte damit einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über die erkennbar politisch gewollte Amerikanisierung der deutschen Hochschulen. Durch eine historische Sicht zeigt sie außerdem sehr deutlich, wo alte Zöpfe hängen. Ein Interview.

FBTEI-J: *Frau Kühler, mit einem Jahr Abstand von Ihrer Promotion: Tun wir uns einen Gefallen mit der laufenden Hochschulreform?*

Kühler: Ja, auch wenn sich die konkrete Umsetzung teilweise schwierig gestaltet. Hintergrund der Reform ist es schließlich, die deutschen Hochschulen international konkurrenzfähig zu halten. Die strukturellen Grundlagen des deutschen Hochschulwesens erweisen sich knapp 200 Jahre nach der neuhumanistischen Universitätsreform durch Wilhelm von Humboldt als den gewandelten Verhältnissen nicht mehr angemessen. Die Reformen beziehen sich auf ganz unterschiedliche Bereiche, angefangen bei Studienabschlüssen über Zulassungs- und Studienstrukturen, Finanzierung und Organisation bis hin zum wissenschaftlichen Hochschulpersonal.

Das amerikanische Hochschulwesen ist mit seinen zentralen Charakteristika von Differenzierung und Wettbewerb besonders erfolgreich. Insofern sind die Reformen mit einem Fokus auf mehr Differenzierung und Wettbewerb sinnvoll.

Die Reformen machen nicht nur strukturelle Veränderungen notwendig, sondern auch einen >

Fortsetzung von S. 3

Letztes Stichwort: Berufserfahrung und Credits. Das Problem dabei wird die Überprüfung sein, und die Verantwortlichen müssen sich fragen lassen, ob hier am Ende nicht nur berufliche Weiterbildungsmaßnahmen als bewertbar übrig bleiben. Erfahrungswissen formal anerkennen zu wollen heißt, den Wert formaler Abschlüsse in der praktischen Arbeit zu überschätzen. Stattdessen spricht nichts dagegen, die Zulassungshürden zu senken. Eine größere Auswahl bei den Studiovoraussetzungen ist denkbar, und eine Eignungsprüfung als gelegentliche Auflage könnte verhindern, dass die Hochschulen sich in den Eingangsemestern mit unfähigen Kandidaten herum-schlagen müssen. <

Weitere und andere Ansichten? Reduktionsschluss 15.9.06. Dank an die Münchener Kollegen für den Hinweis auf das EQF.

kulturellen Wandel, also ein Umdenken im Hinblick auf die bisherige Rolle des Staates und die Rolle der Bildung. Diese beiden Prozesse laufen aber nicht immer parallel zueinander, und das bereitet natürlich Schwierigkeiten.

FBTEI-J: *Wo und warum sind die amerikanischen erfolgreicher als die deutschen Hochschulen?*

Kühler: Grundsätzlich zeichnen sich die amerikanischen Hochschulen durch eine starke inhaltliche und qualitative Differenzierung aus. Man muss daher klar definieren, von welchen Hochschulen in den USA man spricht. Amerikanische Spitzenuniversitäten, wie Harvard, Stanford oder Michigan, ob in privater oder staatlicher Trägerschaft, sind deswegen so erfolgreich in Wissenschaft und Forschung, weil sie die US-Vorteile besonders gut zur Geltung bringen: Der institutionelle Wettbewerb ermöglicht und fördert Spitzenleistungen, die hohe Autonomie der einzelnen Hochschulen unterstützt Innovation, Flexibilität und Effizienz. Neben diesen strukturell angelegten Stärken haben private Spitzenhochschulen in den USA zudem ein enormes Stiftungskapital zu ihrer Verfügung. Die Produktivität und Strahlkraft zieht die besten Nachwuchswissenschaftler und Forscher aus aller Welt an.

Im Gegensatz dazu wurde in Deutschland bis vor kurzem noch der Fokus auf Homogenität und Gleichwertigkeit im Hochschulsystem gelegt. Eine Differenzierung nach Leistung wurde zumindest formell möglichst vermieden. Flexibilität, Innovation und Effizienz wurden durch zahlreiche Bestimmungen erschwert, wie z.B. durch Kapazitätsverordnungen, Landeshochschulgesetze oder Haushaltsverordnungen.

FBTEI-J: *Welches sind aus Ihrer Sicht Nachteile im US-System und wie könnte man sie vermeiden?*

Kühler: Zum Beispiel bringt die Differenzierung zwischen Institutionen neben ihrer grundsätzlichen Eignung für Bedingungen der Massenausbildung eine hohe Komplexität und starke Ungleichwertigkeiten mit sich. Diesen Tendenzen kann einerseits durch die gezielte Verbreitung von >

Informationen entgegengewirkt werden, andererseits durch gewisse Auflagen als Voraussetzung für Genehmigungen zur Gründung von Institutionen oder für den Erhalt von Fördermitteln.

Aus der Einbindung amerikanischer Hochschulen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann der Nachteil entstehen, dass Hochschulen den von außen an sie herangetragenen Bedürfnissen zu stark entsprechen wollen und sich in der Folge in Dienstleistungsaktivitäten verlieren. Hier gilt es für Hochschulen ständig darüber zu wachen, dass der Fokus auf Forschung und Lehre bleibt.

FBTEI-J: *Welche Probleme sind weder im amerikanischen noch im deutschen Hochschulsystem gelöst?*

Kühler: Hier ist insbesondere die Hochschulfinanzierung zu nennen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Amerikanische Hochschulen beziehen ihre Finanzmittel aus einer Reihe unterschiedlicher Quellen. In Deutschland setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass der Staat diese Aufwendungen nicht mehr länger alleine tragen kann. In der Folge sollen maßvolle Studiengebühren erhoben werden, deren Verwendung und Auswirkungen allerdings noch nicht in allen Fällen befriedigend geklärt ist. In den USA ergeben sich Probleme aufgrund der unterschiedlichen Einkommensquellen: Studierende müssen teilweise sehr hohe Studiengebühren zahlen, finanzschwache Fächer sind nicht immer gesichert und der Druck zur Einwerbung von Drittmitteln kann zur Kommerzialisierung der Forschung führen.

Eine weitere Problematik in beiden Ländern ist die Gewährleistung von Chancengleichheit und Förderung. Allerdings werden die Weichen hier oftmals bereits vor dem Eintritt in die Hochschule gestellt. Das betrifft somit nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Schulen.

FBTEI-J: *Gewinnen amerikanische Studierende durch die Studiengebühren Einfluss auf die Lehrinhalte und die Noten?*

Kühler: Dadurch dass Studierende in den USA für ihr Studium bezahlen, besteht an den Hochschulen eine starke Dienstleistungsorientierung. Diese kommt beispielsweise im außerfachlichen Angebot für die Studierenden oder in der materiellen Ausstattung von Colleges und Universitäten zum Tragen. Gleichzeitig müssen amerikanische Hochschulen aber auch auf die fachlichen Bedürfnisse ihrer Studierenden achten,

zum Beispiel in der Lehre und bei den Betreuungsrerationen. Nicht nur an amerikanischen Eliteuniversitäten herrscht eine Tendenz zu Noteninflation, die allerdings intern in einer Art Selbstregulation scharf kritisiert wird. In diesem Zusammenhang ist auch der Ruf der Hochschulen bei den Arbeitgebern wichtig.

FBTEI-J: *Sind die deutschen Fachhochschulen mit ihrer Anwendungsorientierung näher an den Ansätzen amerikanischer Universitäten als die deutschen Universitäten?*

Kühler: Deutsche Fachhochschulen sind von ihrem Auftrag sowohl in der Lehre wie auch in der Forschung stärker in wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse integriert als es deutsche Universitäten in der Regel sind. Insofern kann man diesbezüglich eine Parallele zwischen deutschen Fachhochschulen und amerikanischen Universitäten ziehen. Dahinter steht zugleich ein Bildungsbegriff, der nicht nur Wissenschaft und Grundlagenforschung, sondern auch Praxisorientierung, strukturierte Studiengänge und Lehre wertschätzt. Im Unterschied zu deutschen Fachhochschulen bilden amerikanische Universitäten aber auch wissenschaftlichen Nachwuchs aus und betreiben Grundlagenforschung.

FBTEI-J: *Gibt es aus Ihrer Sicht grundsätzliche rechtliche oder kulturelle Hürden, die eine konsequente Einführung bestimmter Charakteristika des US-Modells in Deutschland behindern?*

Kühler: Die sehr unterschiedlichen Vorbedingungen und Ausgangslagen der beiden Hochschulwesen erschweren eine unmittelbare Übertragung bestimmter struktureller Elemente, die im amerikanischen Kontext erfolgreich sind. Bei der Einführung von mehr Differenzierung und Wettbewerb hat es sich zum Beispiel gezeigt, dass Deregulierung im Hochschulrahmengesetz (HRG) allein noch keine strukturellen Veränderungen im föderalistischen Bildungswesen mit sich bringt. Vielmehr müssen die jeweiligen Landesregierungen diese Freiräume nun per Gesetz an die Hochschulen weiterreichen und die einzelnen Hochschulen die zusätzlichen Handlungsspielräume auch wahrnehmen.

Insofern sind nicht nur eine Reihe von Gesetzen im Zuge der umfassenden Reform des HRG zu ändern, sondern gleichzeitig auch überkommene Denkgewohnheiten, beispielsweise bezüglich der bisher sehr dominanten Rolle des Staates im deutschen Hochschulwesen. >

Auch für das Konzept von Wettbewerb muss zunächst einmal ein Bewusstsein der an den Hochschulen Tätigen geweckt werden.

Weiterhin müssen wir definieren, welche Art von Bildung an unseren Hochschulen erworben werden soll. Zwar mögen die derzeitigen Reformen am amerikanischen Modell orientiert sein, im Zuge des Bologna-Prozesses und der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes werden die deutschen Hochschulen aber einen eigenen Weg finden, mit den derzeitigen Herausforderungen konstruktiv umzugehen.

Für deutsche Studierende wird zunehmend gelten: Studieren ist meine Privatsache, in die ich auch investieren muss.

Deutsche Unternehmer und vermehrt auch Privatpersonen werden immer mehr erkennen: Spenden und Stiftungen zu Gunsten von Hochschulen sind eine wichtige Investition in die Zukunft von Bildung, Wissenschaft und Kultur.

FBTEI-J: *Was würden Sie den Hochschulen gerne mit auf den Weg geben?*

Kühler: Die Umstellung der Abschlüsse auf Bachelor und Master wird wichtige Veränderungen im Verhältnis der Hochschulen in Deutschland zueinander mit sich bringen. Dies sollten insbesondere die Fachhochschulen als Chance erkennen und die neu eröffneten Möglichkeiten zur Profilbildung untereinander aber auch gegenüber den Universitäten ergreifen. Außerdem hoffe ich, dass mit der Einführung von Studiengebühren die zusätzlichen Mittel nicht in die jeweiligen Landeskassen fließen, sondern den Hochschulen zur Gänze und ohne Kürzung der staatlichen Grundfinanzierung zugute kommen und hier zu Verbesserungen der Studienbedingungen und insbesondere der Lehre eingesetzt werden.

FBTEI-J: *Frau Kühler, wir danken für dieses Gespräch.*

Das Gespräch führte der Redakteur.

Sie finden die Dissertation und damit weitere Forschungsergebnisse zur obigen Fragestellung unter:

edoc.ub.uni-muenchen.de/archive/00004235/01/Kuehler_Larissa.pdf

Ω-MEGA

Der Redaktion liegt ein Geheimpapier der Bundesregierung „Selbstbestimmung und Zukunft der Jugend“ vor. Wir veröffentlichen Auszüge zum Thema „Bildung und Prägung“, wie sie von den verschiedenen Bundesministerien (s.u.) zusammengestellt wurden. Alle Schulen und Hochschulen werden angewiesen (Zielvereinbarung), diese staatsbürgerlichen Normvorstellungen erzieherisch verbindlich zu vermitteln.

- Umwelt & Reaktorsicherheit: nachhaltiges Wirtschaften, Energie sparen;
- Verkehr: Aufstehen, wenn Ältere einen Platz brauchen;
- Gesundheit: Entwickeln von Selbstheilungskräften;
- Arbeit & Soziales: Arbeitswille und Fleiß von 20 bis 70 als Selbständiger (Wir-alle-AG);
- Ernährung: flexible Ernährungsgewohnheiten;
- Finanzen: Bereitschaft zum existenzminimierenden Konsolidierungsbeitrag;
- Inneres: Fähigkeit zur Selbstverteidigung (dual use: Olympia);
- Justiz: Vertrauen in die gesetzgeberischen Fähigkeiten der Regierenden;
- Verteidigung: Bereitschaft zum weltweiten Einsatz bei entsprechenden Sprachkenntnissen (Internationalisierung);
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: siehe Verteidigung, danach freiwilliges soziales Jahr;
- Familie & Senioren: Zeugen und Großziehen von mindestens 3 Kindern, ab 70 Pflege der hoch betagten Eltern;
- Bildung & Forschung: Zielhorizont Nobelpreis, alternativ: Zielhorizont saubere Straßen.

Der Außenminister beteiligt sich nicht an dieser Aktion. Wegen der vielen Ausreiseanträge.

(Hinweis: Im Herbst erscheint die neue Shell-Jugendstudie.)

Impressum

Redaktion: Michael Berger, c/o FH Westküste, Heide/Holst.

Verantwortlich:

Ralph Hansen, c/o TFH Berlin, FB VII

Luxemburger Str. 10, 13353 Berlin

Telefon (030) 4504-2359, E-Mail fbtei@tfh-berlin.de